

**Woche
Blick**

**Unions-Wahlprogramm
zurückgenommen?**

Seehofer will GKV-Verwaltungs-
ausgaben senken und
„Zielgrößen“ verabreden 2

**Aufräumarbeiten
auf Hochtouren:**

Die wahre Soforthilfe
kommt von den Kollegen 5

**Parteiprogramme
im Vergleich:**

Die Parteien verschleiern
ihre wahren Absichten für
eine Gesundheitsreform 6

Zahnmedizin

**Leukämie-Früherken-
nung durch Zahnarzt:**

Heilungschancen für
Patienten verbessern 9

**Autologe Zahntrans-
plantation und KfO (1):**

Frühtransplantation
des Zahnkeims 12-14

Praxis aktuell

TQM für die Praxis (3):

Zahnarzt und -techniker
sitzen in einem Boot 11

Präzision beim Röntgen:

Genau messen, Dank des
Millimeter-Rasters 16

**Der Staatsanwalt
in der Praxis (2):**

Verteidigungsstrategien bei
Ermittlungsverfahren 18

Richtig kommunizieren:

Aktives Zuhören
schafft Vertrauen 19

**Seminare und
Fortbildung 26-32**

KZV Bayerns – „Ersatzkassen laufen Amok“:

**Erfolg hängt von Zahn-
ärzten ab, die mitziehen**

Die von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) landesweit für September ausgerufenen „Budgetspartage“ für Ersatzkassenversicherte, die als „Patientenausschließung“ aus den Zahnarztpraxen und als „Streik bayerischer Zahnärzte“ in den Medien kolportiert werden, haben auf der einen Seite wütende Proteste der Ersatzkassen in Bayern bis hin zur Einleitung von Kassenentzugsverfahren ausgelöst. Sie sind aber auch bei den Zahnärzten in Bayern selbst auf viel Kritik und Widerstand gestoßen.

Viele Zahnärzte beklagen sich, dass die Patienten ausbleiben. „Ach, Herr Doktor, Sie haben doch nicht zu“, heiße es. Selbst von vorbestellten Terminen bleiben sie weg: „Ich dachte, wegen der Presseberichte, Sie streiken im September“. So halten viele Praxen die „Ersatzkassenversicherung-Behandlungsboykott-Aufrufe durch die KZVB“ für höchst schädlich. Sie befürchten, dass sich durch Negativschlagzeilen und die massive Verunsicherung der Patienten die schwierige Wirtschaftslage einzelner Praxen noch weiter zuspitzen könnte. Viele Praxen wollen keinesfalls mitmachen und sich auch nicht an die Empfehlung der KZVB halten, nur wirklich medizinisch sofort Notwendiges zu machen und größere Versorgungen zu verschieben. Ob die Ersatzkassen-Boykottaktion für die KZV und die Zahnärzte von Erfolg gekrönt sein wird und wie viele Zahnärzte auch wirklich mitmachen, ist fraglich und nicht messbar.

**Interview-Wettbewerb
als Mitmach-Anreiz**

Die KZVB hat nun als Motivation zum Mitmachen alle bayerischen Zahnärzte aufgerufen, die Ersatzkassenversicherten, die in die Praxis kommen, nicht zu behandeln, aber mit einem vorbereiteten Fragebogen zu interviewen. Dafür werden Gewinne ausgelobt. Jene 50 Praxen, die die höchste Zahl der Rücksendungen bei der KZVB einreichen, bekommen jeweils einen Warengutschein in Höhe von 100 Euro, heißt es im Rundschreiben an die Zahnärzte. Auf den Gewinner in diesem Wettbewerb wartet ein besonderer Überraschungspreis. Die Ersatzkassen veranlasste diese Aktion zur Frage, ob dies ein „neues Verkaufsmodell“ der KZV Bayerns sei, mit „Kopfgeld pro

Interview statt Honorar für Leistungen“.

Die KZV Bayerns möchte mit ihren Presseprotestaktionen die Ersatzkassen zwingen, von ihrem Standpunkt abzugehen, dass es auf Grund einer Anweisung durch das Bundesversicherungsamt „keine Einigung außerhalb einer sozialgerichtlichen Entscheidung um Punktwert und Gesamtbudget für 2001 und 2002 geben wird“. Wegen der langen Dauer solcher Verfahren, klagte der bayerische KZV-Vorsitzende Dr. Rolf-Jürgen Löffler auf einer Pressekonferenz in München die starre Haltung der Ersatzkassen an, sei mit einem rechtskräftigen Urteil erst in frühestens sieben bis zehn Jahren zu rechnen. Bis dahin soll nach dem Willen der Ersatzkassen, so Löffler, lediglich Geld auf der Basisberechnung des Jahres 1997 ausbezahlt werden, und „das ist nachweislich zu wenig und für die Zahnärzte und das mittelbar betroffene Praxispersonal unzumutbar“. Gleichzeitig, meint Löffler, soll mit dieser absolut starren Haltung der Ersatzkassen offenbar politisch die bayerische Staatsregierung kurz vor der Bundestagswahl getroffen werden.

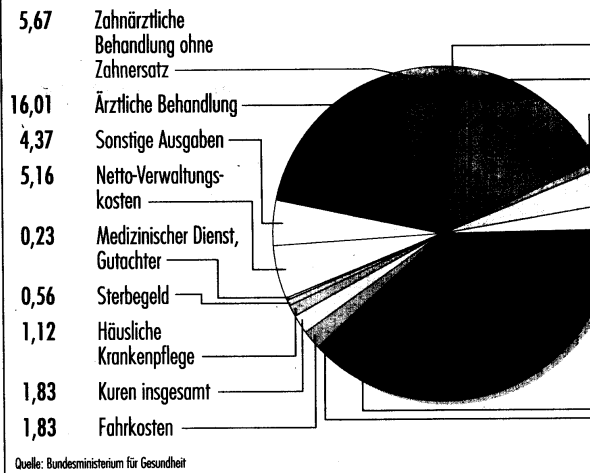
Der Streit geht um eine Rückzahlungsforderung von 13,5 Millionen Euro für das vergangene Jahr und eine Budgeterhöhung von 17 Millionen Euro für dieses Jahr bei einem Gesamtbudget von ca. 985 Millionen Euro, wenn man den Daten folgt, die auf dem Pressegespräch vergangene Woche in München genannt wurden. „Niemand, auch nicht die Ersatzkassen, kann vom Zahnarzt verlangen“, so Löffler in München, „kostenlos zu arbeiten“. Es stünden in den Ersatzkassen in Bayern genügend Gelder für die Erhöhung der zahnärztlichen Budgets zur Verfügung, würden sie nicht „Gelder in andere Bundesländer
(Fortsetzung auf Seite 3)

Endspurt im Wahlkampf – Gesundheitspolitik spielt wer was will, bleibt weiter unbekannt – Postenschach

**„Sabotage-Vorwürfe
an die Ärzte verhängt
der Opposition ihren
kampfschlager GKV-
Maßnahmen vor der Presse ver-
weigerte und nur versprach, di-
rekt nach dem Start einer CDU/
CSU-geführten Bundesregierung
einen „Runden Tisch Gesund-**

Das Defizit der Krankenkassen – im 1. Halbjahr 2002 mit 2,4 Milliarden Euro weit über den Erwartungen liegend – sollte zum Schlager der

Maßnahmen vor der Presse verweigerte und nur versprach, direkt nach dem Start einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung einen „Runden Tisch Gesund-



Opposition in der Wahlauseinandersetzung der letzten zwei Wochen vor der Bundestagswahl werden. Stichwort: völlige Unfähigkeit der SPD-Gesundheitspolitik. Geschickt gelang es aber Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Schuld den Ärzten, Krankenkassen und der Pharmaindustrie für den Ausgabensprung zuzuschreiben, indem sie diesen bewusstes „Boycott der Sparpolitik“ unterstellte.

Die Weigerung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KBV), das unterschriftsreife Programm zur „Behandlung chronischer Kranker“ (Disease Management Programm – DMP) vor der Wahl noch zu starten, stilisierte Schmidt zur „Arzt-Sabotage“ hoch und beherrschte damit die Schlagzeilen und Berichte in Zeitungen und Fernsehen. Der Opposition, voran CDU/CSU mit dem Schmidt-Gegenspieler Horst Seehofer, gelang kein Paukenschlag gegen das gesundheitspolitische Desaster der SPD, weil dieser jede konkrete Aussage zu politischen

heitsgipfel“ einzuberufen. Das Konzept kannten die Journalisten schon von der SPD unter Schmidt. Wirklich konkret sind nur die Auseinandersetzungen zwischen den

Whiteslips
Exklusiv bei
Gmds
www.gmds-dental.de
Z.A
4629/x

ZB MED

Spitzenqual
Keramikver
SEMPERDEN
Tacktenweide 25 · 46446
Tel. 0800 / 1 81 71 81 (Nu
www.semperdent.de · inf